

[Wolfgang Streeck](#) | Essay | 05.06.2024

Dieser Weg wird kein leichter sein

Kommentar zu „Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht“ von Jens Beckert

Es ist gut, wenn auch einmal ein Soziologe über die Klimakrise und ihre politische und ökonomische Bewältigung – oder auch Nicht-Bewältigung – schreibt, und das Feld nicht den Politikwissenschaftlern oder gar Ökonomen mit ihren technokratischen Machbarkeitsphantasien überlässt. Soziologie ist die verstehende Wissenschaft *par excellence*, sie sucht nach den Motiven, den wirklichen, nicht nur idealen Motiven hinter dem Handeln – nicht: Verhalten – von Menschen, konzipiert als interaktiv statt als monadisch. Von Beckert lernen wir, warum es wahrscheinlich nicht klappen wird mit einem Ende der globalen Erwärmung und verwandter Schrecken – und nicht, wie es eigentlich klappen müsste, wenn man nur mutig die richtigen Anreize ins Werk setzt und die Angereizten sich endlich eines Besseren besinnen. Gegenüber anderen Humanwissenschaften hat die Soziologie den Vorteil – sehr viele Vorteile hat sie ja nicht – dass sie als einzige über ein Gefühl für die soziale Trägheit eingelebter Alltagsverhältnisse (Max Weber) verfügt, für die Schwierigkeit, aus ihnen auszubrechen, wie sie sich freilich nur Erwachsenen erschließt, nicht den zahlreichen Kindern jeden Alters, die sich als ewig auf dem Sprung ins Gemeinfreie empfinden.

Ich beginne meine Anmerkungen mit der Frage, woher der allen Machbarkeitshoffnungen Hohn sprechende Konservatismus des Alltagslebens kommt, der zähe Widerstand gegen jede noch so dringlich erscheinende Neumodellierung des Sozialen – und sei es um eines so ehren- wie wünschenswerten Ziels wie der Rettung der Menschheit vor dem Hitzetod willen. Danach wende ich mich der mir konterproduktiv erscheinenden Instrumentierung der heutigen Klimapolitik zu, gefolgt von ihrer Gewichtung zugunsten von Ursachen- und zu Lasten von Folgebekämpfung, deren Erklärung ich in der sich zuspitzenden Finanzkrise des kapitalistischen Staates vermute. Und schließlich frage ich, wie man übersehen kann, dass die gegenwärtige Aufrüstungs- und Kriegspolitik der Staaten, die USA an ihrer Spitze, mit dem proklamierten Ziel einer Eindämmung des Klimawandels unvereinbar ist.

Der Konservatismus des Alltagslebens

Woher also kommt jener widerständige Konservatismus, an dem die schönsten Pläne für den schönsten Neuanfang scheitern können, wie bei Brecht in seiner *Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Planens*: „... Und mach dann noch 'nen zweiten Plan/ Geh'n

tun sie beide nicht“. Hört man auf Luhmann, so folgt die Trägheit der menschlichen Lebensweisen gerade daraus, dass sie, da nicht natürlich gegeben, immer auch eine andere sein könnte. Ausgelastet mit der Bewältigung seines unnatürlichen, deshalb fragilen, deshalb ständige Aufmerksamkeit abverlangenden, in ein dichtes Netzwerk sozialer Beziehungen eingebetteten, von ihm komplex zusammengehaltenen Alltags fällt es dem Menschen schwer, sich auf das Unbekannte einer Alternative einzulassen, die ihm noch mehr Angst macht als das Bekannte, das schon beängstigend genug ist. Ein anderes Leben, ein anderer Alltag als Weg zur Beendigung der Klimakrise? Ein Leben ohne Sommer auf Malle? Erklären Sie das mal Ihren Freunden und Kindern. Möglich ist es ja, aber sinnlos ist es auch.^[1]

Wenn, wie bei Beckert anklingt, die Bewältigung des globalen menschengemachten Klimawandels einen globalen menschengemachten Kulturwandel erfordert – eine Idee, für die Einiges spricht – dann ließe sich vielleicht von annähernd vergleichbaren historischen Übergängen etwas über deren Ablauf und Voraussetzungen lernen. Ernsthafter kultureller Wandel heißt, anders zu leben, nicht zu irgendeinem Zweck, sondern weil man es um seiner selbst willen glaubt tun zu müssen, unabhängig davon, ob andere das auch glauben und dasselbe tun. Jedenfalls gilt das für die Art von klimafreundlichem kulturellem Wandel, der nötig wäre, um das dem Ökonomen nur allzu bekannte und doch immer wieder neu aufgerufene sogenannte „Trittbrettfahrerproblem“ zu lösen. Kein Fleisch mehr essen muss man von Herzen wollen; staatliche Belohnungen können ein Herz so wenig kaufen wie staatliche Bestrafungen es gewinnen können.^[2] Insofern liegt ein Vergleich mit religiösem Wandel nah, zumal die neue Kultur die sie umgebende Natur als etwas Heiliges, als *sacrum*, als Numinosum wahrnehmen müsste, als etwas also, das anzutasten frevelhaft wäre, das zu bewahren und wiederherzustellen statt zu verbrauchen ist, vor dem man Ehrfurcht hat, auch wenn man es sich, in von ihm gesetzten Grenzen, zunutze macht.^[3]

Wie verläuft solch tiefgreifender kultureller Wandel? In Europa kommt uns hier der Übergang vom Heiden- zum Christentum in der Spätantike in den Sinn. Von ihm wäre, bei allen Unterschieden, zu lernen, wie mühsam ein solcher Prozess sein und wie lange er dauern kann – und dass, um ihn möglich zu machen, politischer Bedarf, spirituelles Bedürfnis und günstige kontingente Umstände zusammenkommen müssen. Die Christenverfolgungen setzten früh im 1. Jahrhundert ein und gingen mehr als 200 Jahre lang mit Unterbrechungen weiter, vermochten den christlichen Glauben aber nicht auszulöschen, bis Konstantin der Große ihn im frühen 4. Jahrhundert zur Staatsreligion erhob. Das heißt aber nicht, dass von da an das ganze Reich beziehungsweise die ganze Gesellschaft des Reiches christlich geworden wäre. Es gab Rückfälle, selbst auf unter den Herrschern, etwa als Kaiser Julian, genannt Apostata, der Abgefallene, (geboren 330 in die konstantinische kaiserliche Familie, ausgebildet an der noch heidnischen Athener Akademie, Kaiser von 360 bis 363) den vergeblichen Versuch unternahm, das Heidentum zu restaurieren. Konstantin selber hatte den alt-republikanisch-heidnischen Titel des Pontifex Maximus genutzt – den einzigen Titel, mit dem sich die Imperatoren seit Augustus in die republikanische Tradition einordneten –, um sich, obwohl er sich nie taufen ließ, zum Oberhaupt der christlichen Kirche zu machen.^[4] Seine Mutter war Christin, sein Vater und er selber waren und blieben Heiden. Noch ein halbes Jahrhundert später wuchs auch Augustinus, der wichtigste Theologe der lateinischen Reichshälfte, von 395 bis 430 Bischof von Hippo in Nordafrika, bei einem heidnischen Vater und einer christlichen Mutter auf und ließ sich bekanntlich auf seinem Weg ins Christentum Zeit – siehe seine, von ihm selbst berichtete, frivole Bitte an Gott um „Keuschheit und Enthaltbarkeit, aber jetzt noch nicht“. Bis der soziale Wandel von der paganen Völlerei zur christlichen Selbstkontrolle kulturell vollzogen war, gingen insgesamt mindestens fünf Jahrhunderte ins Land.

Dies ist nun umso bemerkenswerter, als es für den Übergang vom Heiden- zum Christentum, ebenso wie heute für den vom Konsumkapitalismus zu etwas sehr anderem, gute „funktionale“ Gründe gab. Das Riesenreich, von Euphrat und Tigris bis zur Grenze zu Schottland, verlangte nach Stabilität und Regierbarkeit – nach einer dauerhaften Legitimitätsgrundlage für den Herrscher, verlässlicher als die Ausrufung zum Befehlshaber durch an den Grenzen des Reiches stationierte Truppen, sowie nach der Möglichkeit, die Reichsteile, insbesondere die Städte, zentral von oben und nach einheitlichem Recht zu regieren. Für beides bedurfte es einer neuartigen, universalistischen *conscience sociale*, eben einer Religion. Im Heidentum war Religion lokal – man verehrte je nach Ort unterschiedliche Gottheiten, in leidenschaftslos vollzogenen überlieferten Riten mit geringer spiritueller Bedeutung, und hatte daran anscheinend genug. Als die Kaiser darauf bestanden, dass neben den lokalen Kulte ein allgemeiner Kaiserkult eingerichtet wurde, vollzog man diesen ebenso routinemäßig wie die lokalen Kulte. So gelang es nie wirklich, die kulturell selbstgenügsamen lokalen Eliten dazu zu bewegen, im Sinne von Kaiser und Reich Verantwortung für ihre Städte zu übernehmen: Oft weigerten sich die reichen Familien sogar, die städtische Regierung zu übernehmen und die öffentlichen Ausgaben aus eigener Tasche zu bestreiten, obwohl sie dazu eigentlich verpflichtet waren (die antike Version von Steuerflucht der Superreichen).

Aus Sicht der Kaiser ergab sich aus alledem ein Bedürfnis nach einer reichseinheitlichen Religion als post-heidnische Ablösung der partikularistischen Lokalkulte. An Bewerber hat es dabei nicht gefehlt; schon um Christi Geburt herum waren in vielen Teilen des Reiches spirituell anspruchsvolle universalistische Kulte entstanden, die ebenso wie das aus seinen jüdischen Beschränkungen gelöste Paulinische Christentum zur Reichsreligion hätten werden können. Dass es dann das Christentum wurde, lag sicher auch daran, dass seine einzigartige Hierarchie mit ihren bischöflichen „Aufsehern“ – den *episkopoi* – den Kaisern die Möglichkeit bot, die lokale Regierungsgewalt den lokalen Bischöfen zu übertragen und sie dadurch dem obersten Priester des Reiches, also sich selber, zu unterstellen. Dennoch aber, trotz des offenkundigen politischen Bedürfnisses nach einer zentralisierungsfreundlichen Reichsreligion, dauerte es Jahrhunderte und bedurfte es mannigfaltiger kontingenter Voraussetzungen, bis das Christentum sich gegenüber dem Heidentum und den anderen post-heidnischen Religionen durchgesetzt hatte. Zu diesen Voraussetzungen gehörte etwa die Zuwanderung der räumlich und damit religiös entwurzelten Germanenstämme, die für eine nicht territorial gebundene allgemeine Reichsreligion empfänglich und deshalb bereit waren, jeweils kollektiv zum Christentum überzutreten, sowie der Umstand, dass das Christentum über die Frauen der Oberschicht und die Sklaven, vor allem die Freigelassenen, einen direkteren Zugang zu den Zentren der Macht hatte als seine Wettbewerber. Ähnlich günstige Bedingungen für einen grundlegenden kulturellen Wandel lassen sich heute ebenso wenig erkennen wie Anzeichen dafür, dass ein solcher, ob mit staatlicher Hilfe oder nicht, schneller und konfliktfreier vorankommen könnte als damals.

Das Problem der Prognose

Nun zur gegenwärtigen Klimapolitik und den politischen Widerständen, auf die sie bei der Bevölkerung zunehmend stößt, beleuchtet aus einer eher politikwissenschaftlich-praktischen als soziologisch-theoretischen Perspektive. Viele der zurzeit laufenden Maßnahmen zur Verlangsamung und, so hofft man, Beendigung des Klimawandels sind mit zeitlichen Zielwerten – Verwirklichungsfristen – markiert: kein CO₂-Ausstoß durch Automobile mehr nach 2035, Verhinderung eines Anstiegs der Durchschnittstemperatur auf mehr als 1,5 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts und so weiter. Dies wohl auch, um eine Art Wettrennen nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch zwischen ihren Gesellschaften in Gang zu setzen,

einen Wettkampf um die Ehre, die proklamierten Ziele früher als andere erreicht, und zur Vermeidung der Schande, sie verfehlt zu haben. Die quantifizierten Zielwerte, so die Vermutung, werden die nationalen Wählerschaften motivieren, ihren Nationalstaat ähnlich anzufeuern wie ihre Nationalmannschaft, in einem Wettstreit, bei dem man, um das eigene Team nicht im Stich zu lassen, auch Opfer auf sich nimmt – etwa eine neue Heizung kauft oder ein neues Auto, selbst wenn es weh tut.

Freilich zeichnet sich schon lange ab, dass diese Erwartung enttäuscht werden wird. Die Datierung eines politischen Ziels wurde erfolgreich von Jacques Delors zur Durchsetzung des EU-Binnenmarkts eingesetzt, abzuschließen im Dezember 1992. Aber dabei ging es um technokratische Koordinierung von Bürokratien, genauer um die Verabschiedung von 282 Gesetzen, nicht um einen Preis der Nationen und schon gar nicht um einen Eigenbeitrag der Bürger – die Kosten des Binnenmarkts fielen für diese erst später an, zusammen mit dem Nutzen. Das ist bei der Klimapolitik anders. Zunächst sind deren Fristen länger; allmählich spricht sich herum, dass, wie rigoros auch immer die klimaschützenden Maßnahmen ausfallen werden, kein heute Lebender einen Rückgang der Durchschnittstemperaturen erleben wird; dass Klima und Wetter niemals wieder so sein werden wie, sagen wir, in den Goldenen Siebzigern; und wie sie in Zukunft sein werden, wissen wir nicht. Auf einem so langen Weg zu einem so ungewissen Ziel wird man unvermeidlich mit Ereignissen und Erfahrungen konfrontiert, die Forderungen nach Korrektur der eingesetzten Maßnahmen Legitimität verleihen: unerwartet hohe Kosten oder unvorhergesehene Verteilungseffekte zum Beispiel. Dabei können sich die über die *longue durée* der Maßnahmen laufend wiederholten Warnungen der „Experten“, es sei jetzt zwei Minuten vor zwölf und es müsse endlich etwas Wirksames getan werden, sehr leicht abnutzen und die Glaubwürdigkeit von Prognosen beeinträchtigen, deren Realitätsgehalt sich ohnehin nur in einer sehr weit entfernten Zukunft wird überprüfen lassen.

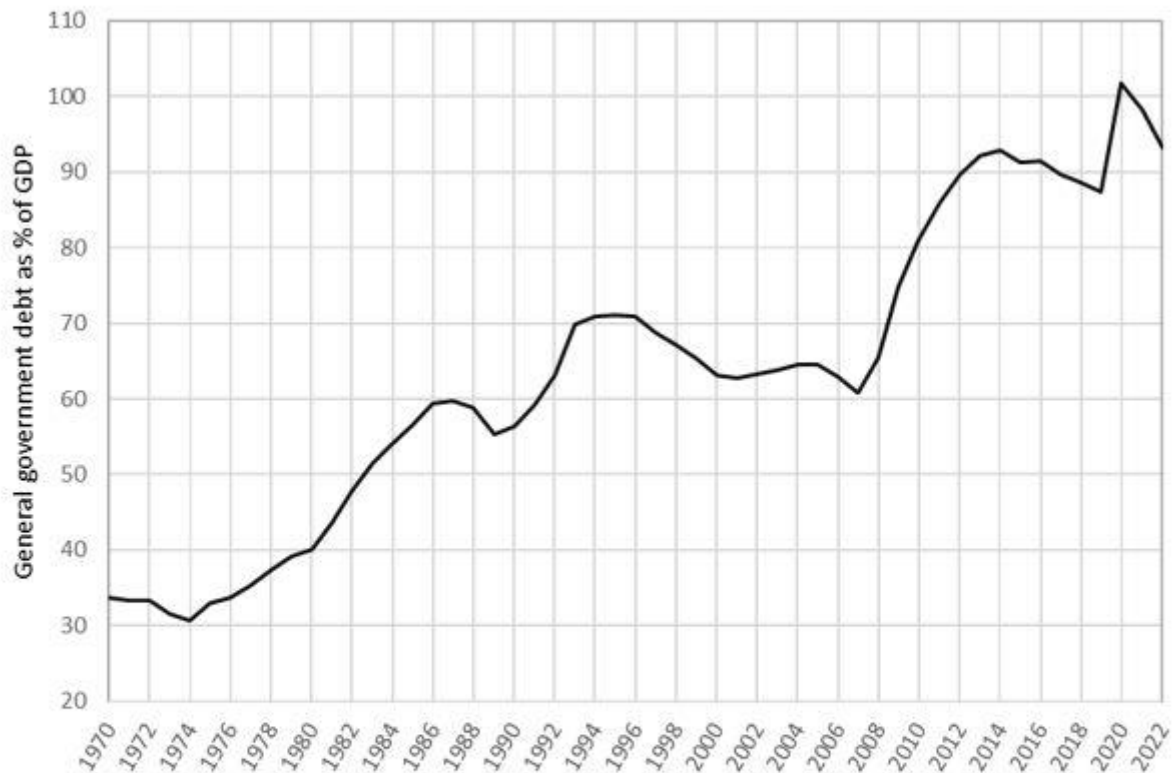
Anpassung versus Verhinderung

Dies leitet zu der weniger technokratischen, stärker politischen Frage nach der Natur der verfolgten klimapolitischen Ziele über, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Unterschieds zwischen Verhinderung des Klimawandels und Anpassung an diesen. Hier schließe ich an Beckert an, womöglich mit einer leichten Akzentverschiebung zugunsten letzterer. Den Ausstoß von irgendwas zu irgendeinem Termin zu beenden ist das eine; in so-und-so-viel Jahren die Zahl der an Hitze vorzeitig gestorbenen Altenheimbewohner durch Einbau von Kühlgeräten zu halbieren und sie ein paar Jahre später auf null zu bringen ein anderes: viel weniger abstrakt, mit unmittelbar einleuchtendem Nutzen, vor allem aus Sicht des nicht immer gesunden, dafür aber allgemeinen Menschenverstands. Ähnliches dürfte für Gewässerregulierung zur Vermeidung von Überschwemmungen, den Ausbau des Nahverkehrs, die Umstellung der Wälder auf klimaangepasste Baumbestände, Stadtsanierung zur besseren Be- und Entlüftung der Wohnquartiere und alle anderen Maßnahmen für einen an das neue, schon im Kommen begriffene Klima angepassten Umbau der künstlichen wie natürlichen Umgebung gelten. Maßnahmen dieser Art haben, anders als abstrakte Emissionsziele, deren Erreichbarkeit sich ohnehin nicht beweisen lässt, einen greifbaren Nutzen und sind deshalb auch „den Menschen“, wie die Politiker heute sagen, besser verständlich zu machen. Zwar ziehen sie nicht unbedingt internationalen Medienglamour auf sich, aber die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sie, wenn es darauf ankommt, die auf die Dauer entscheidende Prüfung durch demokratische Wahlen bestehen.

Wenn das so ist, warum liegt dann der Schwerpunkt der heutigen Umweltpolitik auf der Verhinderung des Klimawandels? Auf Rettung des Planeten statt auf Rettung von Rentnern?

Man darf vermuten, dass dies auch darauf zurückgeht, dass letzteres teurer ist, nicht notwendig absolut und auf lange Sicht, wohl aber für die Staaten von heute, während ersteres vor allem E-Autos und Wärmepumpen verlangt, die von den Bürgern zu bezahlen sind. Die Ironie dabei ist, dass, wenn diese nicht zahlen können oder wollen, der Staat dann doch noch einspringen muss, indem er den Bürgern die von ihm mandatierten privat-individuellen Verhinderungsmaßnahmen mit Zuschüssen schmackhaft macht. Noch mehr Ironie liegt darin, dass solche Zuschüsse anschließend von den Anbietern der subventionierten Verhinderungsgüter abgegriffen werden können, wie zum Beispiel von den Autofirmen, die den Preis ihrer Elektroautos um die deren Käufern gewährte staatliche Klimaprämie aufstocken, um den absehbaren Niedergang ihrer Gewinne aufzuhalten. Als der deutsche Staat sich dies nicht mehr leisten konnte, wollten seine Bürger die neuen Autos prompt nicht mehr kaufen – worauf die Preise ungefähr um den Betrag der Prämie zurückgingen.

Dennoch gilt, dass Staaten die Kosten von Verhinderung im Prinzip leichter als die von Anpassung durch Regulierung von Haushalten und Unternehmen privatisieren können. Anpassung dagegen erfordert kollektive Güter, die kollektiv zu finanzieren sind. Hier schließlich treffen wir auf einen Sachverhalt, der bei Beckert allenfalls angedeutet wird: auf eine Entwicklung, die man getrost als eine sich seit langem entfaltende systemische Finanzkrise des demokratischen Staates im Kapitalismus bezeichnen kann. Kurz gesagt fallen bei fortschreitender kapitalistischer Entwicklung immer höhere Kosten für die technische Vor- und Nachbereitung sowie die soziale Legitimation kapitalistischer Produktion im Verhältnis zu ihren Erträgen an, was Ausdruck einer zunehmenden faktischen Vergesellschaftung des entwickelten Kapitalismus ist. Zugleich gibt es einen vielfältig verursachten Rückgang der Möglichkeit, diese über eine höhere Besteuerung von deren Nutznießern und Verursachern bestreiten zu lassen. Ergebnis ist eine kontinuierlich steigende Verschuldung der Staaten in den entwickelten kapitalistischen Ländern – wohlgemerkt nicht-keynesianische Verschuldung, weil kumulativ statt zyklisch, aufgehäuft statt periodisch abbezahlt.



Unweighted averages:

Australia, Austria, Belgium, Canada, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, Ireland, Italy, Japan, Netherlands, Norway, Portugal, Spain, Sweden, Switzerland, United Kingdom, United States

Source: IMF Global Debt Database

Abb. 1: Öffentliche Verschuldung in 20 OECD-Ländern, ungewichtete Durchschnitte, 1970–2022

Wiederum ironisch muss dabei erscheinen, dass die von den Staaten aufgenommenen und anschließend als Schulden aufgehäuften Mittel zu einem guten Teil von denen geborgt sind, die die von ihnen an die Staaten verliehenen Kredite eigentlich nach dem Verursacherprinzip als Steuern – konfisziert! – an diese hätten abgeben müssen. Stattdessen verbleiben sie in Privatbesitz, Zinsen abwerfend, vererbbar, und gesichert durch strenge Überwachung der Staaten durch die Finanzmärkte unter der Perspektive ihrer zukünftigen Fähigkeit zur „Bedienung“ ihrer Schulden und Gläubiger.

Der heutige Schuldenstand, dessen kontinuierlicher Anstieg im Hochkapitalismus der Gegenwart mit einem ebenso kontinuierlichen Rückgang des Wachstums zusammenfällt – ganz entgegen der „keynesianischen“ Hoffnung auf eine Überwindung privatwirtschaftlicher Stagnation durch öffentliche Verschuldung – ist das Resultat einer anhaltenden Unterfinanzierung staatlicher Leistungen schon zu einem Zeitpunkt, als die haushaltspolitische Bedeutung der Klimakrise noch unerkannt war.

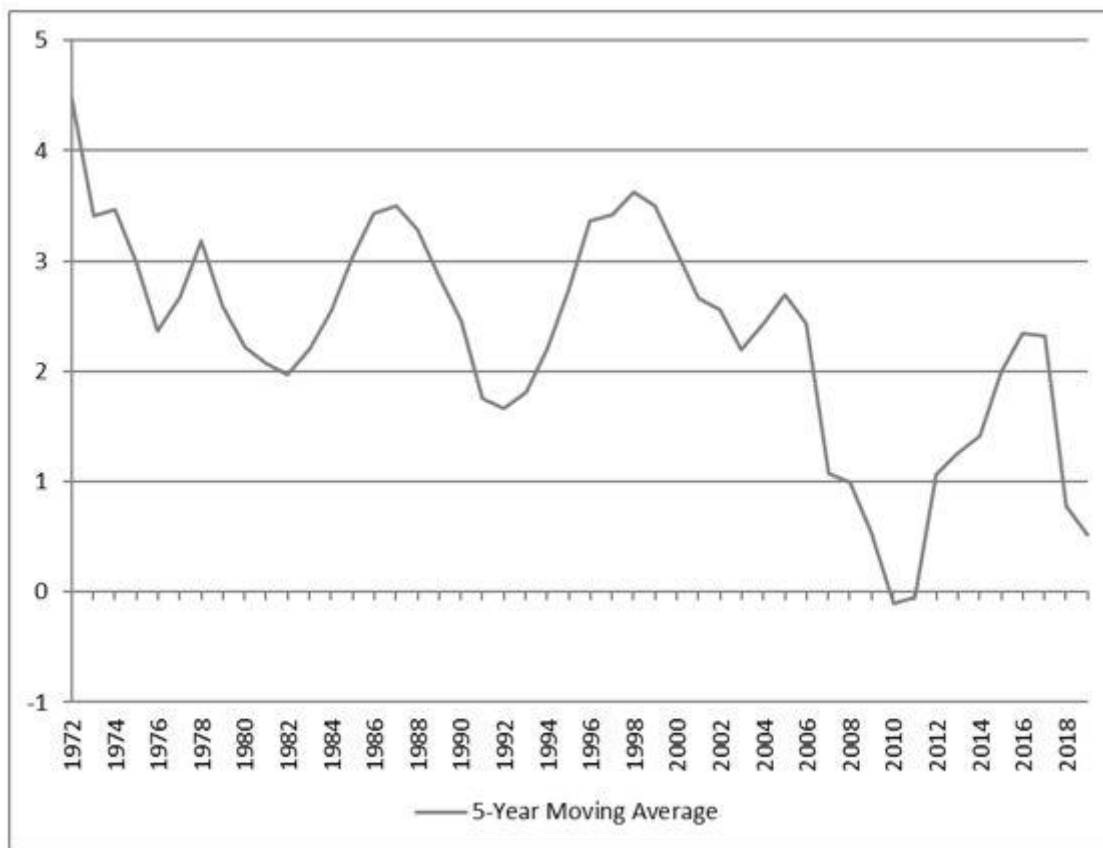


Abb. 2: Wachstumsraten, 20 OECD-Länder, gleitende Fünfjahresdurchschnitte, 1972–2019

In anderen Worten, wachsende öffentliche Aufwendungen für die Ausbildung der Arbeitskräfte, für Forschung und Entwicklung, für Industriepolitik der verschiedensten Art, für die physische Infrastruktur nebst vielfältigster Subventionierung privat gezahlter Löhne zur Aufrechterhaltung der Arbeitsbereitschaft und -zufriedenheit haben die Zahlungsfähigkeit der Staaten bereits vor der Wahrnehmung eines Klimaproblems langfristig erschöpft. Heute kommt die weltweite Aufrüstung hinzu, der von allen, die etwas zu sagen haben, unbefragt Vorrang vor den nötigen umfangreichen und kostspieligen staatlichen Maßnahmen zur Anpassung unserer Gesellschaften an die Klimakrise eingeräumt wird, einschließlich beispielsweise der Notwendigkeit, vom Globalen Norden aus Anpassungsmaßnahmen auch im Globalen Süden zu finanzieren, um ein die liberale Lebensweise gefährdendes weiteres Anwachsen der Flüchtlingsströme zu verhindern.

Wie bei den in den letzten Jahrzehnten aufgehäuften Schulden, so ist auch bei den umfangreichen Ausgabenprogrammen, die eigentlich für eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels nötig wären – in anderen Worten, für die gigantischen Aufräumarbeiten nach einem Jahrhundert der Hochindustrialisierung – nicht damit zu rechnen, dass sie die Produktivität der betroffenen Volkswirtschaften dergestalt erhöhen würden, dass sie sich durch einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekt selbst finanzieren könnten. Ob unter diesen Umständen potenziell kreditgebende Kapitalbesitzer eine weitere dramatische Erhöhung der staatlichen Schuldenlast ohne Erhöhung ihrer Risikoprämie und ohne drastische Senkung von anderweitigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte hinnehmen würden, darf man bezweifeln. Gegenwärtig, als Folge der Pandemie und des Ukraine-Krieges, nehmen die Staaten Kredite auf, als gäbe es kein Morgen. Schon deshalb kann man damit rechnen, dass

die Kreditgeber sich irgendwann, spätestens bei einer sich anbahnenden fiskalischen Wende hin zu der längst überfälligen Umweltreparatur, mit Forderungen nach Begrenzung ihrer Risiken zu Worte melden.

Erschwerend kommt hinzu, dass heute auch die privaten Haushalte zunehmend hoch ver-, wenn nicht überschuldet sind (siehe Abb. 3 für die Vereinigten Staaten), verursacht durch ein Zusammentreffen von stagnierenden Reallöhnen mit steigenden Ausgaben für die gesellschaftlich obligatorische, konsumistische Lebensweise der Mittelschicht.

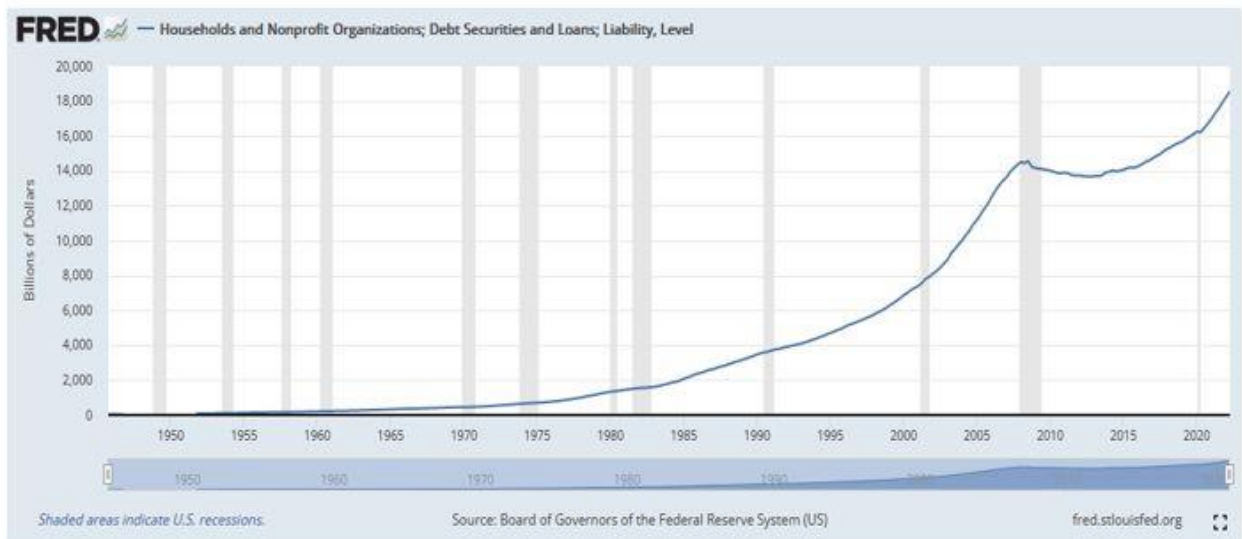


Abb. 3: Private Verschuldung in Milliarden US-Dollars, Vereinigte Staaten, 1950–2022

Je weiter sich dieser Zustand ausbreitet – und er breitet sich rasch und über die ganze kapitalistische Welt aus, nicht zuletzt auf Druck der Kreditindustrie, der an einer Deregulierung der Schuldenaufnahme als Ausgleich für die Deregulierung der Löhne gelegen ist (und gleichzeitig natürlich an einer staatlichen Rückversicherung der von ihr eingegangenen Kreditrisiken, falls wie 2008 etwas schief geht) – desto weniger ist es möglich, die Kosten der Umweltpassung und -reparatur auf die sogenannte Zivilgesellschaft abzuschieben; siehe das Scheitern der Wärmepumpen- und, absehbar, der E-Auto-Strategie in Deutschland. Als Fazit ergibt sich, dass *rebus sic stantibus* weder von den Bürgern noch von ihren Staaten erwartet werden kann, dass sie auch nur annähernd in der Lage sein werden, die für die Bekämpfung der Klimakrise, nicht nur ihrer Ursachen, sondern auch ihrer Folgen, erforderlichen immensen finanziellen Mittel aufzubringen.

Die Nachhaltigkeit des Krieges

Zum Schluss noch eine Bemerkung, die nur deshalb als neben der Sache liegend erscheinen kann, weil sie von den Beherrschern des herrschenden „Diskurses“ so entschieden wie erfolgreich aus diesem verbannt wird. In mancher Hinsicht sind heute die ehemals pazifistischen Grünen die entschiedensten Verfechter weltverbessernder Militäreinsätze, gegen „den Verbrecher Putin“ und „die radikal-islamistische Terrorgruppe Hamas“, gerne aber wohl auch in Zukunft gegen den frauenfeindlichen Iran oder das gemeinfeindliche China. Auch bei aufmerksamster Verfolgung der öffentlichen Verlautbarungen unserer rhetorisch engagiertesten Umweltschützer wird man nicht ein einziges Mal von umweltpolitischen Bedenken gegen die Kriege in Gaza und der Ukraine gehört haben, ganz zu schweigen von Forderungen nach weltweiter Abrüstung zwecks Schonung der Umwelt. Auch die Aussicht

auf beschädigte Atommeiler oder gar auf einen Einsatz von Atomwaffen zur Ausrottung irgendwelcher Feinde, mit hinlänglich abschätzbaren Folgen für die Bewohnbarkeit umgebender Gebiete, scheint die Straßenkleber der „letzten Generation“ besonders zu beunruhigen. Zu hören ist, nicht nur unter-, sondern durchaus auch überschwellig, man solle sich nicht so haben, sich nicht um ungelegte Eier kümmern, oder auf Kölsch: Et hätt noch immer jot jejange.

Gibt es also, so muss man da wohl fragen, doch noch existenziellere Bedrohungen für die Menschheit als Klimawandel und globale Erwärmung, in Gestalt von Putin, der Hamas und Xi, wenn auch wohl nicht von Netanjahu? Mitmenschen, die Demonstrationen für den Umweltschutz organisieren, wenn nebenan ein Altbau abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden soll (Feinstaub!), sagen kein Wort, wenn die Ukraine von einem jahrelangen Hagel von 155-Millimeter-Geschossen auf Jahrzehnte vermüllt oder in Gaza eine ganze Stadt planmäßig durch schwerstes Räumungsgerät – F-16-Kampfbomber, Panzer und Bulldozer – in Trümmer verwandelt wird, ohne Rücksicht, da kann man sicher sein, auf Asbest in den Häuserresten.^[5] Nun ist in der Tat eine „nachhaltige“ Kriegführung nur schwer vorstellbar, es sei denn, Nachhaltigkeit bedeutet, dass es – den israelischen Kriegszielen entsprechend – am Ende den Feind nicht mehr geben wird, wofür der ökologische Wiederauf- und Umbau eben noch warten muss. Tatsächlich stoßen die US-amerikanischen Streitkräfte, schon wenn sie nicht grade Krieg führen (was praktisch nicht vorkommt), so viel Kohlenstoff aus, dass sie, wenn sie ein Staat wären, in der Rangordnung der schlimmsten Emittenten immerhin Platz 5 belegen würden.^[6] Zusammen mit ihren in der NATO organisierten, also amerikanischen Befehl unterstehenden Hilfstruppen könnten sie sich möglicherweise sogar auf den dritten Platz vorkämpfen.

Wenn aber Kriege gegen Feinde wichtiger sind als der Krieg gegen die Klimakrise, dann verliert letztere ihre geradezu metaphysische Unvergleichbarkeit. Bürger und Bürgerin könnten dann auf Fragen verfallen wie: Warum soll ich meine Scheune nicht abreißen dürfen, wenn das israelische Militär mir-nichts-dir-nichts eine Zweimillionen-Stadt abreißen darf, mit ganz unvergleichlich umweltbeschädigenden Emissionen, von den zehntausenden Toten abgesehen, die dabei nebenher auch noch anfallen. Eine sich hier zwanglos anschließende weitere Frage wäre dann, ob die ungeheuren Mittel, die zurzeit für eine weltweite Aufrüstung nie dagewesenen Ausmaßes aufgewendet werden – mit drei Prozent des GDP als nach oben offener Untergrenze – nicht besser in die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels und vielleicht auch des Klimawandels selber fließen sollten, für die es, anders als für den Sprit für die Jagdflugzeuge und Panzer, die ja täglich üben müssen, bekanntlich viel zu wenig Geld gibt. Wäre das nicht ein „grünes“ Thema *par excellence*? (Für den Schutz des Regenwaldes gibt es so gut wie nichts, für das Recht der Ukraine, der NATO beizutreten und amerikanische Raketen auf ihrem Boden stationieren zu lassen, dagegen „alles, was nötig ist“.) Und wenn die Vorbereitung auf Kriege und die Durchführung derselben Vorrang haben sollen gegenüber der Rettung des Planeten vor Überhitzung, gibt es dann vielleicht noch weitere zu bevorrechtende Ziele, möglicherweise sogar menschenfreundlichere? Warum, zum Beispiel, soll eine kleine Familie kleiner Leute nicht einmal im Jahr zur Bespaßung nach Malle fliegen dürfen, wenn den F-16-Fliegern und den Rheinmetall-Leoparden der jeweils neuesten Bauart erlaubt ist, in die Luft zu pusten, was und wieviel ihre Kommandeure grade für erforderlich halten?

Fußnoten

1. Vergleiche zum Folgenden die Kontroverse in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zwischen der zum klimaproblemlösenden Veganismus konvertierten Historikerin Richter, die im Namen der Demokratie verlangt, dass alle so wie sie dem

Kreuzfahrertum abschwören, und dem Feuilletonisten Kaube, der sie an die eine oder andere Realität erinnert, ohne freilich zu sagen, wie es trotz Steaks klimafreundlich weitergehen soll. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 18. April, 24. April und 4. Mai 2024 (<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-deutsche-politik-schreckt-vor-den-kleinsten-zumutungen-zurueck-19659891.html>;
<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/hedwig-richter-beschimpft-die-unvernuenftigen-eine-replik-19673323.html>;
<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wie-viele-steaks-vertraegt-die-demokratie-19696186.html>).

2. Anders die Illusion des Technokraten bei Brecht: „Der Mensch ist gar nicht gut/ Drum hau ihn auf den Hut/ Hast du ihm auf dem Hut gehau'n/ Dann wird er vielleicht gut./ Denn für dieses Leben/ Ist der Mensch nicht gut genug/ Darum haut ihm eben/ Ruhig auf den Hut!“
3. Zum Vergleich mit religiöser Erweckung (wokeness?) siehe Wolfgang Streeck, *Zwischen Globalismus und Demokratie*, Berlin: Suhrkamp, 2021, S. 479-489. Siehe auch Anatol Lieven, *Climate Change and the Nation State: The Realist Case*, New York: Allen Lane, 2020.
4. Ursprung des Cäsaropapismus der christlichen Reichsverfassung, wie er im Ostreich bis zur Eroberung von Konstantinopel 1453 durch die Türken fortbestand.
5. Unter dem Titel „Mehr Trümmer im Gazastreifen als in der Ukraine“ berichtete der Deutschlandfunk am 3. Mai 2024: „Der Leiter des Minenräumdienstes [der Vereinten Nationen] UNMAS, Birch, verwies in Genf auf weitere Folgen des Krieges. In den knapp sieben Monaten seit Beginn des Krieges seien 37 Millionen Tonnen Trümmer entstanden – mehr als in zwei Jahren Krieg in der Ukraine. Birch sagte, man müsse neue Konzepte entwickeln, um die Massen an Trümmern zu beseitigen. 100 Lastwagen würden dafür 14 Jahre benötigen. Problematisch ist seinen Angaben zufolge auch eine hohe Zahl an Blindgängern in dem dicht besiedelten Gazastreifen. Außerdem befänden sich in dem Schutt mehr als 800.000 Tonnen krebserregendes Asbest.“
6. Stellvertretend für viele andere Jangira Lewis, „US Military Pollution: The World’s Biggest Climate Change Enabler“, in Earth Org 12.11.21, online unter: earth.org/us-military-pollution/ [15.11.22]: „A 2019 report found that the Department of Defense is not only the largest consumer of energy in the US but is also the world's largest institutional consumer of petroleum and, thus, the world's largest institutional emitter of greenhouse gases.“ Siehe auch Iffah Kitchlew, „Is super-polluting Pentagon’s climate plan just ‚military-grade greenwash‘?“, in The Guardian 10.03.22, online unter: www.theguardian.com/us-news/2022/mar/10/pentagon-us-military-emissions-climate-crisis [15.11.22]: Der *carbon footprint* des Pentagon entspreche dem von 140 Ländern zusammengenommen.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Hannah Schmidt-Ott, Jens Bisky.

Kategorien: Kapitalismus / Postkapitalismus Ökologie / Nachhaltigkeit Politische Ökonomie
Wirtschaft



Wolfgang Streeck

Wolfgang Streeck ist emeritierter Professor für Soziologie und Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Zuletzt erschien seine Monografie „Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus“.

Teil von Dossier

[Klima und Krise](#)

[Soziale Ordnung in der ökologischen Krise](#)